



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint vierzehntägig Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1.— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Preiskarte 1,25 Mark, Tages- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

Für die Woche vom 25. bis 31. Mai 1919 ist die Beitragsmarke in das mit 22 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Mitteilungen des Verbandsvorstandes.

Die Zahlstelle Magdeburg erhebt laut Beschluss der Generalversammlung vom 4. Mai von der 20. Beitragswoche ab folgende Sozialbeiträge:
 Weibliche Mitglieder bis zu 60 Pf. Verbandsbeitrag wöchentlich 15 Pf.,
 Männliche und weibliche Mitglieder über 60 Pf. Verbandsbeitrag wöchentlich 30 Pf.,
 wozu der Verbandsvorstand seine Genehmigung erteilt hat.

Der Verbandsvorstand.
 F. A. C. Bucher, 2. Vorf.

Aus dem Geschäftsbericht des Tarifamtes der Deutschen Buchdrucker.

Die Tarifgemeinschaft der Deutschen Buchdrucker übt seit vielen Jahren auch auf die Gestaltung der Hilfsarbeiterverhältnisse im Buchdruckgewerbe den größten Einfluss aus. Seitdem auch die organisierte Hilfsarbeiterschaft dazu übergegangen ist, die Lohn- und Arbeitsbedingungen tariflich festzulegen, haben die Tarifinstanzen der Buchdrucker, besonders das Tarifamt, dieses Bestreben nach Möglichkeit gefördert, und es ist gewiss nicht seine Schuld, wenn die Hilfsarbeitertariffrage nicht jene Entwicklung genommen hat, die sie im Interesse aller Teile des Gewerbes nehmen sollte und verdient hätte. Die ablehnende Haltung, die ein großer Teil der Prinzipalität bis vor kurzer Zeit unter Führung der Sachleitung des Deutschen Buchdruckervereins bei jeder Gelegenheit gegenüber dem Abschluss von Hilfsarbeitertarifen zum Ausdruck brachte und praktisch betätigte, ist meist recht energisch vom Tarifamt bekämpft worden. Der Erfolg entsprach zwar nicht immer den angewendeten Bemühungen, weil dem Tarifamt in bezug auf Hilfsarbeiterangelegenheiten nicht jene Machtmittel zur Verfügung standen, um seinen Beschlüssen den notwendigen Nachdruck zu verleihen. Dieser Umstand und das Verhalten der Prinzipalität hatte aber das Gute gezeitigt, daß der Hilfsarbeiterschaft immer deutlicher zum Bewußtsein gekommen ist, daß sie schließlich allein die Macht darstellen und ausüben mußte, ohne die nun einmal Verbesserungen ihrer Arbeitsverhältnisse den Unternehmern nicht abzurufen waren. Die letzten Wochen haben in dieser Beziehung wohl erheblicher auf die Buchdruckerbetreiber gewirkt als die jahrelangen Bemühungen aller Kreise, die sich die Förderung und den Ausbau des Tarifgedankens angelegen sein ließen. Und wenn heute in vielen Städten die früheren Tarifgegner den Abschluss von Verträgen mit dem Hilfspersonal erstreben und nun auf einmal auf Hilfsarbeiterseite auf Widerstand stoßen, so mögen sie das ihrem vorherigen Verhalten zuschreiben. Die Schwierigkeiten, die sich in der letzten Zeit der Einführung

geordneter Verhältnisse entgegenstellen, sind bei weitem größer, als wenn wir in der Lage wären, ein bereits früher geschaffenes berufliches Bohngefäß der Zeit entsprechend auszugestalten. Hierfür gibt uns der Geschäftsbericht des Tarifamtes für 1918 ein Beispiel.

Das Buchdruckgewerbe hat unter den Folgen des Krieges schwer zu leiden gehabt, und auch nach dem Zusammenbruch des militärischen Deutschlands ist der erhoffte geschäftliche Aufschwung nicht eingetreten. Es bedurfte daher der aufstrengendsten Tätigkeit des Tarifamtes im Interesse beider Tarifpartner, sowohl der Gehilfen als auch der Prinzipale, den Zusammenbruch des Gewerbes zu verhindern, den Eintritt eines beruflichen Chaos abzuwehren. Es galt neben der Ueberleitung des Gewerbes in die Friedenszeit, die Sorge um die Beschaffung von Aufträgen, die Unterbringung des großen Heeres von Arbeitslosen und der Kriegsbeschädigten und die Anpassung der Löhne und der Druckpreise an die veränderte Wirtschaftslage. Es ist nicht auszubedenken, zu welchen Folgen das Verfallens der Prinzipalität in dieser Zeit geführt hätte. Nicht nur für die Regelung aller die Buchdrucker berührenden Interessen, sondern auch für die Hilfsarbeiterschaft war die Tätigkeit des Tarifamtes von großer Bedeutung. Im Verlaufe der 4½ Kriegsjahre hat das Tarifamt sechsmal die Festsetzung von Lohnerhöhungen vorgenommen. Fünfmal davon nicht offiziell auch für die Hilfsarbeiter, jedoch gaben diese Festsetzungen jedesmal Anlaß, daß auch in den Orten, wo lokale Hilfsarbeitertarife bestanden, auch für das Hilfspersonal entsprechende Zulagen vereinbart wurden. Nach Eintritt des Waffenstillstandes hat dann das Tarifamt den Buchdrucker raten berufen, der in der Uebergangszeit alle diejenigen Angelegenheiten aus dem Arbeitsverhältnis, die mit der Uebergangswirtschaft im Zusammenhang standen, regeln sollte. In dieses Demobilisierungs-Organ war außer fünf Gehilfen und fünf Prinzipalen auch ein Vertreter der Hilfsarbeiter berufen, wodurch an sich schon zum Ausdruck gebracht wurde, was außerdem in dem entsprechenden Beschlusse des Tarifamtes zum Ausdruck kam, daß die vom Buchdrucker raten gefassten Beschlüsse für sämtliche Berufsangehörige verbindliche Kraft haben und deshalb auch von allen Berufsangehörigen zu befolgen sind. Durch den Buchdrucker raten ist die Regelung der Arbeitszeit, der Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigten erfolgt; die Festsetzung der Löhne für diese Gruppen sowie die Bestimmungen über die Unterbringung der Arbeitslosen wurden erlassen, wobei in alle Beschlüsse auch das Hilfspersonal miteinbezogen wurde. Soweit die vom Buchdrucker raten erlassenen Bestimmungen noch einer besonderen Spezialisierung für die Hilfsarbeiterverhältnisse an einzelnen Orten bedurften, wurde sie zwischen den beiderseitigen örtlichen Organisationen vereinbart. Auf diese Weise sind eine Reihe von Differenzen zwischen Prinzipalen und Hilfsarbeitern von vornherein verhindert worden oder konnten, wenn trotzdem welche auftraten, leichter beigelegt werden.

Der einschneidendste Beschluss des Buchdrucker rats war die Festsetzung der sechsten Lohnerhöhung, in die auch das Hilfspersonal offiziell miteinbezogen wurde. Bei dem Widerstand, den die Prinzipale unter Führung ihrer Organisationsleitung diesem Beschluss schon vor seinem Zustandekommen entgegensetzten, machte sich die Zufühnahme einer behördlichen Autorität nötig, die in dem Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilisierung gefunden wurde. Trotzdem versuchte es immer noch eine Reihe von Prinzipalen, dieser behördlichen Anordnung, soweit sie das Hilfspersonal betraf, auszuweichen, bis dann auch der Tarifauschuss sie als tarifliches Recht erklärte. Einige Außenleiter, die sich dann auch noch nicht fügen wollten, mußten sich der direkten, allerdings weniger sanften Einwirkung der Personale beugen.

An diesen Beispielen ist ersichtlich, inwieweit die Tätigkeit des Tarifamtes auf die Hilfsarbeiterverhältnisse Einfluss genommen hat. Es fehlt uns der Raum, auf den umfangreichen und in allen seinen Teilen äußerst interessanten Bericht näher einzugehen. Wir können dessen Studium aber allen unserer Kollegen und Kollegeninnen, besonders aber den Verbandsfunktionären auf das angelegentlichste empfehlen. Was die Tarifgemeinschaft der Buchdrucker bisher geleistet hat und welche Stellung sie zu den brennendsten Fragen unserer in völliger Umwälzung befindlichen Zeit einnimmt, das sei aus einigen Sätzen ersichtlich, die wir dem Schlusse des Berichtes wörtlich entnehmen:

„Die politische Umwälzung, welche die Novembertage des verflossenen Jahres gebracht haben, und die noch nicht zum Abschluss gekommen ist, hat auch das Wirtschaftsleben und die bisherige Gesellschaftsordnung grundstürzend verändert. Ueber das, was gewesen, ist man zur Tagesordnung übergegangen, auf der in erster Linie die Hebung der Lage der Arbeiterchaft, ein größeres und wirksameres Mitbestimmungsrecht am Arbeitsvertrage, eine Teilnahme am Gewinne der von ihr hergestellten Arbeitswerte und eine möglichst weite Einflussnahme auf die Gestaltung der einzelnen Betriebsverhältnisse und des gesamten Gewerbes im allgemeinen zur Beratung und Beschlussfassung verblieben sind. Welches Wort man als Ausdruck für diese Bestrebungen geprägt hat oder ausbreiten will, ist gleichgültig. Daß diese Bestrebungen im Gange sind und ihrer Verwirklichung entgegensehen, ist eine Tatsache, mit der auch unser Gewerbe und unsere Tarifgemeinschaft rechnen muß. Letztere hat sich die Frage vorzulegen, ob ihre bisherigen Bestrebungen zum Teil diesen Wünschen der allgemeinen Arbeiterschaft nicht bereits dienlich gewesen sind. Das Mitbestimmungsrecht am Arbeitsvertrage ist der Gehilfenchaft durch die Tarifgemeinschaft gewährleistet. Unser Gewerbe hat, den jahrelangen Angriffen der Großindustrie und anderer Kreise zum Trotz, daran festgehalten, daß die Gehilfenchaft am Zustandekommen eines Arbeitsvertrages im gleichen Maße mitzuwirken berechtigt ist wie die Prinzipalität. Es ist eine Genugtuung für die Tarifgemeinschaft, feststellen zu können, daß dieselben Kreise, die jahrelang unsere Tarifgemeinschaft als die Stufe zur Sozialisierung bezeichnet und angegriffen haben, recht plötzlich und als die Not sie dazu zwang, jetzt dasselbe tun, was im Buchdruckgewerbe schon seit 40 Jahren Brauch und Sitte ist. Die

Tarifgemeinschaft hat die Institution der Vertrauensmänner und deren Zusammenfassung zu Arbeiterausschüssen seit länger als zehn Jahren als einen Teil des Tarifs behandelt; sie hat die Parität in den Arbeitsnachweisen hergestellt; hat sich den Schutz der Gewerkschaften und deren weitestgehende Mitarbeit in Sachen des Arbeitsvertrages angelegen sein lassen; hat das Schiedsgerichtswesen auf eine hohe Stufe gestellt, und hat im allgemeinen alle gewerblichen und tariflichen Angelegenheiten unter Zusammenfassung aller Berufsangehörigen zu fördern und zu erledigen gesucht. Das alles konnte natürlich nur im Rahmen des Möglichen und Zeitgemäßen erfolgen. Ziele der Tarifgemeinschaft zu stellen, die wünschenswert, aber nicht erfüllbar waren, ist ebenso bestimmt unterblieben, weil es nicht Aufgabe der Tarifgemeinschaft sein konnte und durfte, sich an Aufgaben heranzumachen, die theoretisch wohl der Erwägung wert gewesen, praktisch aber nicht durchführbar waren. Dazu wäre in erster Linie erforderlich gewesen, das gesamte werktätige Volk zunächst einmal unter einer Gemeinschaft, ähnlich unserer Tarifgemeinschaft, zusammenzufassen.

Leider hat erst die heutige Zeit bewirkt, daß ein Zusammengehen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gewerblichen Angelegenheiten ein allgemeines geworden ist. In der Zwischenzeit ist aber viel veräumt worden, was zur rechtzeitigen Ueberbrückung und zum Ausgleich sozialer Gegensätze hätte führen können. Heute stehen wir vor der Tatsache, daß es eines Entgegenkommens in solchen Dingen nicht mehr bedarf, sondern daß die Arbeiterschaft ihre bisher vorenthaltenen Rechte fordert, und daß sie die Macht besitzt, diese Forderungen auch durchzuführen. Daß unter diesem Machtgefühl der Wunsch nach Zugeständnissen rege wird, wie sich solche unter Umständen für die Dauer nicht einmal im Interesse der Arbeiterschaft würden aufrecht erhalten lassen, darf nicht wundernehmen. Aber es ist Aufgabe aller Stellen, die es mit dem Aufstiege der Arbeiterschaft zu einer besseren Zukunft ernst meinen, und nicht zuletzt Aufgabe des werktätigen Volkes selbst, für die soziale Hebung des Arbeiterstandes diejenigen Wege zu beschreiten, die am sichersten zum Ziele führen.

Dieser Weg kann unseres Erachtens beispielsweise in unserem Gewerbe nicht über die Tarifgemeinschaft und die Organisationen hinwegführen, sondern nur durch dieselben hindurch. Der in der Tarifgemeinschaft fest verwurzelte Grundgedanke, daß diese der Ausbund dafür ist, was für die beiderseitigen Beziehungen und Leistungen der Gewerksangehörigen im Deutschen Reich allgemein als gerecht und billig festzuhalten ist, wird den fruchtbarsten Boden für die Verpflanzung neuer Ideen und für die Gewinnung sozialer Werte geben, die das Leben auch für den Gehilfen und Arbeiter für die Zukunft lebenswerter gestalten kann.

Selbstverständlich muß die Tarifgemeinschaft ihre Aufgaben und Ziele der neuen Zeit anpassen, muß ihre Organisation nach berechtigten und erfüllbaren Wünschen der neuen Wirtschaftsordnung umstellen, und muß vor allem dafür sorgen, daß der Gehilfenstand eine dem Gewerbe und damit auch der Arbeiterschaft dienliche Einflußnahme auf die Gestaltung aller das Gewerbe betreffenden Angelegenheiten eingekauft wird, wodurch sich die Hebung des Gehilfenstandes in jeder Beziehung von selbst ergeben wird. Dazu aber ist nötig, daß wir nicht einreihen, sondern unseren alten, im gegenseitigen Vertrauen festgefügtten Bau, unsere Tarifgemeinschaft aufzubauen, umbauen, sie dem modernen Zeitgeist anpassen und in dieselbe überall viel Licht und Sonne; die wirtschaftliche Erkenntnis von einer anderen Zeit und die wärmenden Strahlen einer neuen tiefgehenden Verständigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern hineinfließen lassen! Damit sollte die Sozialisierung in unserem Gewerbe beginnen!

Die deutschen Gewerkschaften und die Friedensbedingungen der Entente.

In der am 13. und 14. Mai stattgefundenen Konferenz der Verbandsverbände, über die wir noch ausführlicher berichten werden, hat einleitend der Vorsitzende der Generalkommission, Genosse Karl Legien, den Entwurf der EntenteStaatsmänner zu einem „Friedensvertrage“ besprochen. Die Konferenz hat daraufhin beschlossen, nachfolgenden Aufruf an die organisierten Arbeiter aller Länder erlassen:

Arbeiter! Genossen!

Die am 13. und 14. Mai in Berlin versammelten Verbände der Gewerkschaften Deutschlands haben mit Abscheu Kenntnis genommen von der brutalen Erbroßelung des deutschen Volkes, die

der Imperialismus der Westmächte durch seine jetzt bekanntgegebenen „Friedensbedingungen“ herbeiführen entschlossen ist.

Die deutschen Gewerkschaften erkennen durchaus an, daß die durch den Krieg angerichteten Verwüstungen in Belgien und Nordfrankreich wieder gutgemacht werden müssen, und Deutschland hat längst seine Bereitwilligkeit erklärt, nach besten Kräften daran mitzuwirken. Das deutsche Volk hat nicht die Absicht, sich diesen Verpflichtungen zu entziehen.

Aber diese Friedensbedingungen der Entente stellen einen imperialistischen Gewaltfrieden des schlimmsten Art dar. An Stelle des versprochenen Rechtsfriedens, der die Versöhnung der Völker und das Ende aller blutigen Kriege bringen sollte, wird hier ein Volk von 70 Millionen zu Sklaven und Sklaven des alliierten und assoziierten Kapitals der Weststaaten gemacht.

Deutschland soll seiner besten Wirtschaftsgebiete beraubt werden. Franzosen, Belgier und Polen wollen wichtige Teile unserer landwirtschaftlichen und industriellen Produktion an sich reißen. Ein Viertel unseres Ernährungslandes, das ohnehin für unsere Volksernährung bei weitem nicht ausreicht, 35 Prozent unserer Kohlengebiete und mehrere der wichtigsten Erzlager werden gewalttätig von Deutschland abgetrennt. Die deutschen Kolonien werden annektiert. Unsere Handelsflotte, die vor dem Kriege die zweite der Welt war, wird an die zehnte Stelle herabgedrückt, sobald der durch den Gewaltfriedensvertrag begründete Raub der deutschen Handelsschiffe erfolgt sein wird.

Die finanziellen Verpflichtungen, die uns in der Form unermeßlicher und noch nicht endgültig festgelegter Kriegsschulden aufgelegt werden sollen, machen auf wenigstens 50 Jahre das deutsche Volk, insbesondere seine Arbeiter, zu Lohnsklaven der Kapitalisten der Weststaaten. Für die nächsten fünf Jahre allein sollen wir neben den von der Entente selbstherrlich festzusetzenden Milliarden an Barzahlungen jährlich etwa 40 Millionen Tonnen Kohle an Frankreich, Belgien und Italien liefern, während unsere Kohlenausfuhr überhaupt vor dem Kriege nach Abrechnung von 10,88 Millionen Tonnen Einfuhr nur etwa 20 Millionen Tonnen betrug. Dadurch sowie durch die sonstigen geradezu unerhörten wirtschaftlichen Fesseln wird unsere ganze Industrie lahmgelegt und die deutschen Arbeiter werden zu Arbeitslosigkeit, Not, Elend und Auswanderung verurteilt.

Das ist der „Frieden“, den die Staatsmänner der feindlichen Mächte dem deutschen Volk aufzulegen wollen, nachdem es im Vertrauen auf den versprochenen und von allen Kriegführenden angenommenen Rechtsfrieden des Präsidenten Wilson die Waffen niedergelegt hatte und in der Revolution unter Führung der deutschen Sozialdemokratie an die Verwirklichung des Sozialismus heranzugehen entschlossen war. Dieser „Frieden“ ist nicht nur eine mit anderen Mitteln bewerkstelligte Fortsetzung des Krieges gegen das deutsche Volk, sondern er bedeutet zugleich ein Attentat des vereinigten Kapitals gegen den Sozialismus.

Davon zeugt auch das Kapitel des Vertragsentwurfs über das internationale Arbeitsrecht. Nicht eine der von den Gewerkschaften aller Länder in Leeds 1916, Bern 1917 und 1919 erhobenen Forderungen zum Schutze der Arbeiter aller Länder gegen die kapitalistische Ausbeutung wird verwirklicht. Bedinglich eine neue Organisation der früheren Arbeiterkongressen soll durchgeführt werden, aber in einer Form, die alle Entscheidung in die Hände der Bürokraten und Unternehmer legt und dann noch den einzelnen Staaten das Recht gibt, einen mit zwei Dritteln gefassten Mehrheitsbeschluß abzulehnen. Da der neue Völkerbund zunächst weder Rußland noch Deutschland oder die im Kriege neutralen Staaten einschließt, werden die Arbeitsrechte von dem internationalen Großkapitalismus und den kulturell und industriell rückständigen Staaten der Welt bestimmt werden. Das ist nichts als eine Herabsetzung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter aller Länder und ein Triumph des Kapitals gegen den internationalen Arbeiterkampf.

So präsentiert sich dieser „Friedensvertrag“ der EntenteStaatsmänner als ein Schlag gegen das Proletariat der Welt. Wie vor über 100 Jahren die feudale Reaktion Europas sich gegen die Republik der großen französischen Revolution zur Rettung der Monarchien vereinigte, so erleben wir jetzt unter Führung der Westmächte eine Verhinderung des internationalen Kapitalismus gegen den Sozialismus und die soziale Revolution des Proletariats.

Gegen diese Vergewaltigung erheben die Gewerkschaften Deutschlands Protest. Sie dürfen sich in Anspruch nehmen, in der Bekämpfung der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse nie

zurückgestanden zu haben, und sie glauben daher an die Arbeiter aller Länder appellieren zu dürfen, sich diesem Protest gegen die Vergewaltigung durch das internationale Kapital anzuschließen.

Aufruf zur Unterstützung der heimkehrenden Kriegs- und Zivilgefangenen.

Ein bitteres Unrecht erleiden die im Auslande befindlichen deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen. Während Deutschland sofort nach Abschluß des Waffenstillstandes die Gefangenen reiflich in kürzester Frist ausliefern mußte, werden die deutschen Gefangenen zurückgehalten und zum Teil in völkerrechtswidriger Art zu Arbeiten verwendet.

Ist das Los der Gefangenen an sich bitter und schmerzvoll, so müssen die Weiben unermüßlich werden bei dem Gefühl, daß alle zur Heimat zurückkehren dürfen, die in Feindeshand waren, und nur den Deutschen die Rückkehr verweigert wird.

Es ist zu erwarten, daß mit Abschluß des Friedens auch diese unsere Brüder der Heimat wiedergegeben werden. Vom Kriegsministerium sind deshalb Vorbereitungen für den Empfang und die Unterbringung der Rückkehrenden getroffen. Grenzstationen und Sammellager sind eingerichtet. Es ist Vorsorge getroffen, daß an dem Komitee, dem Empfang und Fürsorge für die Gefangenen obliegt, auch Vertreter der Gewerkschaften beteiligt sind.

Mit dem Empfang und einigen freundlichen Worten darf es aber nicht abgetan sein. Die Heimkehrenden, aller Mittel entböhrt, werden nur zu oft keine Stätte finden, die ihnen Heim sein wird. Für das Notwendigste wird und muß das Reich mit seinen Mitteln sorgen. Aber darüber hinaus wird vieles zu tun sein, um den Gefangenen, die Jahre der Trübsal und Kreuzlosigkeit hinter sich haben, eine kleine Freize zu bereiten, ihnen zu zeigen, daß vermehrte Fürsorge wirkt, um sie ihre Weiden vergessen zu lassen. Bei 800.000 Gefangenen, die zurückkehren, sind große Mittel erforderlich, um nur geringes durch diese Viebestätigkeit leisten zu können.

Ein Ausschuß, dem außer Regierungsvertretern Mitglieder aller Parteien der deutschen Nationalversammlung angehören, erläßt einen Aufruf zu Sammlungen, deren Erträgnis es ermöglichen soll, den Heimkehrenden zu beweisen, daß sie wieder eine Heimat gefunden haben.

Die Mitglieder der Arbeitnehmerorganisationen bitten wir bringen, sich an diesen Sammlungen zu beteiligen. Wer wollte leugnen, daß es dem einzelnen in der Not der Zeit schwer fällt, etwas von seinem Einkommen herzugeben, um die Not anderer zu lindern. Und doch wird es geschehen. Die Volksgenossen, deren Heimkehr wir erwarten, sind nicht nur zum größten Teil Arbeitnehmer, sondern eine große Zahl von ihnen sind Mitglieder unserer Organisationen. Sie haben in den schweren Zeiten der Kämpfe um eine höhere Lebenshaltung Opfer gebracht. Jetzt wollen auch wir ihnen ein Opfer bringen, damit sie freudig und aufrichtig als Kämpfer wieder in unsere Reihen treten.

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. C. Legien, Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands. F. Baurisch, Verband der Deutschen Gewerksvereine. H. D. J. Hartmann, Gewerkschaftsverband Kaufmanns- und Angestellten-Verbande. Koslowski, Arbeitergemeinschaft der technischen Verbände. Dr. Hoffe.

Das Schicksal von München.

Fast vier Wochen von der übrigen Welt abgeschlossen, haben wir nun in München in einem übersehenden Zeitraum alle Abschnitte der Revolution durchgemacht und bis zum äußersten Grenzen zurückgeleitet und ausgeschloffen. Es schien das Schicksal von München zu sein, alle Stadien der Revolution durchlaufen zu müssen, um auf diese Weise dem übrigen Deutschland Beispiel und Lehre zu geben. Tage des Schreckens, der Furcht und des Schmerzes liegen hinter uns, wie sie die bayerische Landeshauptstadt in ihrer Lebensunterjährigen Geschichte noch nicht zu berechnen hatte. Einig wird der Münchener Bevölkerung der Weltkriegstag des 1. Mai dieses Jahres in Erinnerung bleiben, wo die von den Kriegsgöttern fast ganz verlichte Stadt zum ersten Male das Feuers der Branden sah und, was das Schmerzlichste war, im Brande die in grauenvoller Weise das Blut in den Straßen der Stadt lag. Nirgends — so konstatierten die Regierungskörper, die München umschlossen und in die Stadt eindrangen — so sie gesungen waren, die Arbeiter nicht aufzugeben, selbst nicht in der Nacht. In der Nacht, die sie auf einen berattigen Widerstand gestoßen,

wie hier in den Kämpfen von 1. bis 6. Mai. Des-
halb waren auch die Kämpfe von einer Schwere
und Opferreich, wie sie wohl noch bei keinem Auf-
stand zu berechnen gewesen sind. Der Bestialität
ermordung der Geiseln durch die Rotgardisten
steht in derselben Welschheit das Hinrichten
von 21 jungen Leuten des katholischen Gesellen-
vereins durch die Regierungstruppen gegenüber,
die vollständig ungeschuldig der Bestialität der in
München wütenden Soldateska zum Opfer fielen.
Noch läßt sich die gewaltige Zahl der Toten nicht
übersehen, die auf Grund gemeiner und gebäufiger
Denunziation durch die Regierungstruppen, ohne
erst vor ein Gericht gestellt zu werden, einfach er-
schossen wurden. Sicher ist, daß manche Schlacht
an der Front nicht so viele Tote gefordert hat als
die Raufkämpfe in München.

Es war allen Danksenden klar, daß die Wogen
politischer Leidenschaften, wie sie in den letzten
Wochen die bayerische Hauptstadt wild umbrandeten,
daß der Geist der Verbeugung, der von gewissenlosen
Führern in unsere Arbeiterschaft getragen wurde,
daß der Terror, der die Arbeiterschaft ausübte, eines
Tages schreckliche Früchte tragen müsse. Die Ueber-
stürzung aller Maßnahmen, angeordnet ohne Bernun-
st und Ueberlegung, die sinnlose Untergrabung
des Wirtschaftslebens mündeten zum Zusammenbruch
führen. Planmäßig wurden seit Wochen die Gemein-
ter erregt und aufgeweckt, von Versammlung zu
Versammlung stachelten Brandredner die Massen
gegen ihre bewährten Führer auf, aus den wirt-
schaftlichen Betriebsstätten wurden durch die Kom-
munistenführer Lewin — Nießen (Levin) —
Dierich usw. politische Instrumente gemacht und
eine Verwirrung erzeugt, daß kein Mensch mehr
wagte, was gewollt werden sollte.

Es wäre aber vollständig verkehrt, der Arbeiter-
schaft allein die Schuld an dem Schicksal Münchens
zuschreiben. Die Entwicklung, die die Dinge seit
den Novembertagen in steter Aufspiralung genommen
haben, hat klar gezeigt, daß die neue Zeit, die mit
der Umwälzung anbrach, von den wenigsten richtig
begriffen und verstanden wurde. Nicht etwa, daß
das Völkertum dazu nicht fähig gewesen wäre;
aber man war von jeder viel zu sehr daran gewöhnt,
es die andern machen zu lassen und zu kritisieren,
als daß man sich hätte entschließen können, die
Gleichgültigkeit abzuschütteln und entschlossen auf
den Plan zu treten, was an dem Ruin des
Landes mitzuwirken. Der Arbeiter, mit dem die
Arbeiterschaft aus Wert ging, das neue Haus so
frei und lustig und wohllich, wie nur irgend
möglich einzurichten, hätte vorbildlich auch für die
bürgerlichen Kreise wirken müssen. Hätte man es
der Arbeiterschaft gleich getan, hätte man sich ihr
zur Seite gestellt und den ehrliden Versuch gemacht,
die Gegensätze im Sinne logischen Gedankes zu über-
brücken und mitzuwirken an der Errichtung des
neuen Volkshauses, wahrhaftig, es wäre nicht
weit gekommen, daß laßtreue Menschen sich
der Herrschaft bemächtigen und neben politischer
Verrückung und wirtschaftlichem Ruin Angst und
Schrecken, Elend und Not über unser liebes
München gebracht hätten. Das wenige Ver-
ständnis, das man der Arbeiterschaft allseits bei
ihren berechtigten Forderungen in der neuen Zeit
entgegenbrachte, die Demoralisation der Kriegs-
jahre, der in seiner Unerschöpflichkeit immer noch
in höchster Blüte stehende Kriegswucher und der
die Lebenshaltung der breiten Masse am meisten
gefährdende Schleichhandel, gegen den man längst
die scharfen Mittel hätte anwenden können wie jetzt
gegen die Revolutionäre, haben den Boden ge-
schaffen, auf dem der Volkshausbau mit Unter-
stützung irreführender und verheerender Elemente die
Geißel schwingen und seine Krallen auf Eigentum
und Leben ausstrecken konnte.

Nun liegen die Schreckensstage hinter uns, eine
Grabrede herrscht über München, wie sie die
sonst lebende Stadt jetzt gesehen, und alles andere
wie Zufriedenheit leuchtet trotz der scheinbaren
Erleuchtung aus den Augen der arbeitenden Massen.
Ein Teil des Unternahmerstums scheint trotz aller
Verlorennisse der letzten Monate immer noch
nicht gelernt zu haben und glaubt jetzt, da der
Militarismus in München wieder auflebte, seine
Zeit für gekommen sein. Nicht nur, daß man eine Reihe
von Arbeitern, die in den letzten Wochen als
Betriebsräte gewählt wurden, maßregelte, nein,
man gesteuerte sich auch nicht dieselben verhaften zu
lassen und nicht auf diese Weise Öl ins Feuer.
Jetzt sind es die nicht sehen, wie jetzt in der
Stadt tausender Arbeiter und nicht zuletzt auch
der Arbeiterinnen sich das Hochgefühl breit macht,
und die nicht erkennen, daß es jetzt erste Pflicht
eines jeden denkenden Menschen sein muß, mit
Ganz und gar, daß die tiefergehenden Wogen der
Verwirrung wieder gestillt werden und Ruhe und
Ordnung zu weiteren Aufbau geschaffen werden
kann. Die Verwirrung und Unruhe wird allein
die Lösung der Erwerbslosenfrage bedürfen, waren

es doch gerade die zehntausende von Erwerbslosen,
welche den Herd der am meisten Unzufriedenen
bildeten. Das wirtschaftliche Betriebsräteystem
muß weiter ausgebaut, die Sozialisierung verunfün-
fing und plangemäß durchgeführt werden, nur so können
die Arbeiter zufriedengestellt werden. Die organi-
sierten Arbeiter dürfen davon überzeugt sein, daß
bei aller Neutralität, die die Gewerkschaften in den
letzten politischen Kämpfen eingenommen haben
und einnehmen mußten, da ihre Mitglieder, soweit
nicht politisch indifferent, allen drei sozialistischen
Richtungen angehören, die Gewerkschaften ein
wachsendes Augenmerk haben werden, daß die
Reaktion nicht die bayerische sozialistische Regierung
als Deckmantel benützt, um, wenn erst warm ge-
worden, auch diesen von sich zu werfen. Dabei
kann nicht oft und stark genug betont werden, daß
Einigkeit unter der Arbeiterschaft und Vertrauen
zu ihren Führern das Wichtigste von allem ist.
Glaubt die Arbeiterschaft, aus diesem und jenem
Grund diesen oder jenen Führer in seiner Eigen-
schaft als solchen nicht mehr anerkennen zu können,
dann hinweg mit ihm, die Sache geht über die
Person. Doch führerlos darf die Masse nicht
werden, wenn die Sache nicht Schaden leiden soll.
Kollegen und Kolleginnen allerorts, blickt in Eurem
Tun und Lassen auf die Vorgänge in München,
lernt aus ihnen und Ihr werdet den Weg finden,
der gegangen werden muß, um des Volkes Glück
und Volkswohlstand zu erreichen.

München.

A. Schmidt.

Zarifabschluß in Gießen.

Nachdem die Kollegenschaft in Gießen den Weg
zur Organisation zurückgefunden hat, wurde seitens
der Gewerkschaften dafür Sorge getragen, daß die vor
dem Tarifabschluß und dem Demobilisationsamt
beschlossenen Teuerungszulagen auch an die Kol-
legenschaft in Gießen durch die Arbeitgeber zur
Auszahlung gebracht wurden. Dies war nicht so
leicht, war es doch die Prinzipalität in Gießen ge-
wohnt, mit dem Hilfspersonal schalten und walten
zu können, wie es ihr beliebt. Von einer Ber-
handlung wollten sie nichts wissen, vielmehr er-
klärten sie, die Teuerungszulagenangelegenheit mit
dem Personal selbständig zu regeln, was auch bis-
her immer zur Zufriedenheit beider Teile geschehen
sei. Daß beide Teile immer mit der einseitigen
Regelung zufrieden gewesen sind, kann wohl nicht
behauptet werden. Nach den Löhnen, wie solche an
das Hilfspersonal zur Zeit dieser Bewegung bezahlt
wurden, müssen wir schon behaupten, daß einzig
und allein die Prinzipale damit zufrieden gewesen
sind. Hilfsarbeiter, die in Gießen schon 15 bis
33 Jahre in ein und derselben Firma beschäftigt
sind, erhielten noch bis zum März d. J. einen
Gesamtlohn von 82.— Mk. wöchentlich. Der Höchst-
gesamtlohn für eine Einlegerin betrug 22.— Mk.
wöchentlich. An diesen beiden Beispielen kann
man sich ungefähr ein Bild machen, wie die Lohn-
verhältnisse der noch nicht so lange im Geschäft
tätigen Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen ausgehen
haben. Die Teuerungszulagen, wie solche durch
das Demobilisationsamt für Gießen beschloffen
wurden, betragen für männliche 750 Mk., für
weibliche 550 Mk. wöchentlich. Die Prinzipale
hatten verjagt, um die eingeleiteten Verhandlungen
mit der Gewerkschaft herum zu kommen, um sich mit
dem Hilfspersonal selbst zu einigen und brachten
anstatt der oben angeführten Sache folgende zur
Auszahlung: an männliche Hilfsarbeiter wöchent-
lich 6.— Mk., an weibliche wöchentlich 2.— bis
3.— Mk. und zwar erst ab Mitte Februar. Durch
Verhandlungen, und zwar bedurfte es mehr wie
einer Verhandlung, wobei mit dem Schlichtungs-
auschuss gedrückt werden mußte, wurde dann doch
erreicht, daß die Teuerungszulagen in richtiger
Höhe zur Auszahlung kamen. Durch dieses Ver-
halten der Prinzipale sind unsere Kollegen und
Kolleginnen in Gießen erwardt und stellten bereits
am 1. Mai erneute Forderungen, und zwar in
Form eines Tarifvertrages. Die Kollegenschaft
ließ die Prinzipale nicht darüber im Zweifel, daß
wenn die Forderungen nicht bis zum 8. Mai erfüllt
würden, sie ohne weiteres in den Ausstand treten
würde. Die Forderungen wurden jedem Prinzipal
einzeln schriftlich zugestellt. Auf die Forderungen
hin wurde in einer der größten Firmen einem Teil
des Personals gekündigt, und zwar denjenigen, die
schon ein Menschenalter in der Firma tätig waren.
Wie uns die Firma mitteilte, nicht wegen den
erneut gestellten Forderungen, sondern weil eine
Zeitung, die seither in Gießen gedruckt wurde, jetzt
in Berlin hergestellt werden würde. Der Vertrag
mit dieser Zeitung läuft aber noch bis Ende dieses
Jahres. Auf Grund dieser Kündigungen wurde
zuletzt der Gewerkschaft die weitere Forderung ein-
gereicht: Zurücknahme der Kündigungen, ehe in
weitere Verhandlungen eingetreten wird. Am
7. Mai wurden die Verhandlungen geführt, die

Kündigungen wurden zurückgezogen. Die Ber-
handlungen selbst nahmen vier Stunden in Anspruch
und zeitigten folgenden Tarifvertrag:

A. Mindestlöhne.

Männliche Hilfsarbeiter unter 16 Jahren
30.— Mk.; männliche Hilfsarbeiter von 16 bis
17 Jahren 33.— Mk.; männliche Hilfsarbeiter von
18 bis 20 Jahren 42.— Mk.; männliche Hilfs-
arbeiter über 20 Jahre 50.— Mk.

Hilfsarbeiter über 20 Jahre, die bisher in
keiner Druckerei beschäftigt waren, erhalten einen
Anfangslohn von 42.— Mk., nach einer vierwöchigen
Tätigkeit jedoch den Lohn von 50.— Mk.

Hilfsarbeiterinnen unter 16 Jahren 20.— Mk.;
Hilfsarbeiterinnen von 16 bis 17 Jahren 25.— Mk.;
Hilfsarbeiterinnen über 17 Jahre 30.— Mk.

Ungelehrten und Abzieherinnen, soweit diese
eine einjährige Tätigkeit im Berufe nachweisen
können, erhalten einen Mindestlohn von 35.— Mk.

Teuerungszulagen, wenn solche vor dem Tarif-
abschluß auch für das Hilfspersonal vereinbart
werden, sind bei jedesmaliger Vereinbarung auch
dem Hilfspersonal zu zahlen. Sollte jedoch eine
generelle Regelung nicht stattfinden, so hat nach
jedesmaliger Tagung des Tarifabschlusses, in
denen Teuerungszulagen für die Gehilfen verein-
bart werden, eine erneute örtliche Verhandlung
stattzufinden, um die Teuerungszulagen für das
Hilfspersonal zu vereinbaren, damit diese mit dem-
selben Zeitpunkt wie für die Gehilfen zur Aus-
zahlung gelangen.

B. Ueberstundenbezahlung.

Ueberstunden werden nach dem Gesamtlohn,
und zwar nach dem Wortlaut des § 4 der Allge-
meinen Bestimmungen gezahlt.

C. Feiertagsbezahlung.

Abzüge für laubesgefehlte, von den Behörden
wie vom Geschäft angeordnete Feiertage sind nicht
zulässig.

D. Allgemeines.

Die gegenseitige Kündigungsfrist ist eine vier-
zehntägige.

Mit der Ferienbewilligung für das Hilfs-
personal, und zwar nach zweijähriger Tätigkeit im
Geschäft von sechs Tagen unter Fortbezahlung des
Lohnes erklären sich die Arbeitgeber einverstanden,
jedoch soll die Frage endgültig nach der Tarifabs-
chlußtagung, die im Monat Mai in Berlin statt-
findet, geregelt werden, da die Arbeitgeber die
Meinung vertreten, daß die Ferienfrage in dieser
Sitzung generell geregelt würde.

Die vorgenannten Mindestlöhne sind ab 2. Mai
zu zahlen. Dieser Tarifvertrag gilt bis zum 31. De-
zember 1919.

Zur Schlichtung etwaiger Differenzen, die aus
diesem Vertrag entstehen könnten, wird ein Schieds-
gericht gebildet aus zwei Arbeitgebern und zwei
Arbeitnehmern.

Dieser Tarifvertrag ist abgeschlossen zwischen
dem Verbands der Buch- und Steindruckerei-Hilfs-
arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, Zahlstelle
Gießen, und der Vereinigung Gießener Buch-
druckereibesitzer.

Wenn auch gesagt werden muß, daß dieser
Abschluß noch lange nicht an die Lohnverhältnisse
anderer Zahlstellen heranreicht, so ist doch ein ge-
waltiger Fortschritt für unsere Kollegenschaft in
Gießen erzielt worden. Betrachten wir uns die
Löhne, wie sie vorher in Gießen gezahlt wurden
und dann den jetzt vollzogenen Abschluß, so wird
unzweifelhaft dieser Fortschritt erkennbar. Die
Kollegenschaft in Gießen hat ersehen, was sie seither
gegen andere Zahlstellen im Reich verloren hat,
weil sie glaubte, die Organisation entbehren zu
können. Nach diesem Abschluß haben sie aber ein-
sehen müssen, was durch einen gemeinsamen Zu-
sammenschluß erreicht werden kann. Deshalb haltet
zur Organisation, dann wird es auch noch weitere
Verbesserungen für Gießen geben. A. K.

Korrespondenzen.

Dresden. Am 30. April fand im Volkshaufe
eine zahlreich besuchte Mitgliederversammlung statt.
Ueber die Frage: „Sind unsere Löhne den jetzigen
Teuerungsverhältnissen noch entsprechend?“ refe-
rierte Kollege Herrmann. Dieser ging in seinen
Ausführungen auf die sich immer erneut wieder
nötig machenden Teuerungszulagenbewegungen ein
und schärferte insbesondere die oft verlichte Jurid-
kation des Hilfspersonals seitens der Unternehmer.
Obgleich die Entlohnung des Hilfspersonals gegen-
über der Gehilfenenschaft stets geringer war und die
Einkaufspreise für Lebensmittel und sonstige Ge-
brauchsartikel ohne Ansehung der Person dieselben
seien, werden dennoch die Teuerungszulagen in
höchst ungerechter Weise bei niedrigerem Lohn und
geringerer Bemessen. In den Tageszeitungen und
durch den Verkehr mit anderen Klassen könne man

öfter konstataren, daß Feuerungszulagen als solche immer vom Gesamteinkommen oder Verdienst abhängig gemacht werden und stoffweise nach oben abfallen. Ohne Zweifel haben doch die wirtschaftlich schlechter gestellten und weniger bewittelten Kreise unter der Feuerung am meisten zu leiden. Die Kämpfe, welche wir bisher bei der Durchsetzung unserer Forderungen im Buchdruck zu führen hatten, haben deutlich bewiesen, daß erneute Forderungen von den Unternehmern, die am liebsten die Löhne abbauen möchten, keineswegs freundlich begrüßt werden. Solange nicht eine Verbilligung der Lebensmittel eintrete, könne an eine Reduzierung der Löhne unmöglich gedacht werden; davon seien auch die Prinzipale überzeugt, obgleich sie sonst der Sache abhold gegenüber stehen. Nach den Klagen der Mitglieder, die man öfter zu hören bekommt und bei der fortgesetzten ansteigenden, noch nie dagewesenen Feuerung aller Existenzbedingungen sieht sich die Arbeitererschaft genötigt, immer wieder gebieterisch auf Lohnhöhung zu dringen. Obwieses haben die besser gestellten Buchdruckergehilfen bereits wieder Zulagen beantragt, so daß auch die Hilfsarbeitererschaft mit gutem Recht das Gleiche tun kann. Im Vergleich zu anderen Großstädten, die keineswegs teurer sind als Dresden, seien unsere Löhne immerhin noch bescheiden. Redner verwies nun Schlüsse auf Magdeburg und betonte, daß solche Erfolge nur bei einer lückenlosen Organisation möglich seien. In der Diskussion waren alle Sprecher damit einverstanden, daß die gegenwärtige unauskömmliche Lage die Aufstellung neuer Forderungen ganz von selbst verlangt. Kollege Sünnerbauf führte hierzu aus, daß nur die geschlossene Masse imponiert und Erfolge verspricht, weshalb er dringlich ersuchte, daß alle hier anwesenden noch nicht organisierten Kollegen und Kolleginnen ihre Mitgliedschaft erwerben. Die Revolution habe das Koalitions- und Mitbestimmungsrecht der Arbeitererschaft gesetzlich gewährleistet und dessen Anerkennung und Respektierung durch die Unternehmer veranlaßt, so daß von dieser Seite uns Hindernisse wie früher nicht mehr in den Weg gelegt werden dürfen. Die Aufstellung der neuen Forderungen, die von der Verwaltung- und Vertrauenspersonen-Sitzung bereits begutachtet wurden, gab Kollege Herrmann bekannt, wobei er bemerkte, daß es uns lieber wäre, wenn wir nicht immer wieder neue Forderungen zu stellen bräuchten. Trotz der höheren Löhne vermögen wir uns dennoch nicht satt zu essen, von anderen Ausgaben, wozu der Verdienst überhaupt nicht ausreicht, ganz zu schweigen. Vor dem Kriege seien wir mit den niederen Löhnen weiter gekommen und war uns, wenn auch recht und schlecht, immer die Möglichkeit gegeben, den Magen zu befriedigen. Jetzt drückt uns dauernd der Hunger, die Arbeitskraft nimmt ab, während die Entlohnung mit der Verteuerung bei weitem nicht Schritt gehalten hat. Die geschäftlichen Verhältnisse im Steinbruch schilderte der Redner als ungünstig, namentlich in bezug auf die Herstellung von Zigaretten-Packungen und Postkarten. Diese hoffentlich nur vorübergehende Erscheinung sei aber in anderen Branchen jetzt ebenfalls zu beobachten. Gewisse Prinzipale verfahren bei der ihnen überlassenen Regelung der Zulagen nach Belieben und zahlen anstatt 6.— bis 8.— Mk. nur 3.— Mk. bis herunter zu 50 Pf. Diese ungleichmäßige, eigenmächtige Handhabung einzelner Unternehmer zum Schaden der an sich gering entlohnerten Hilfsarbeitererschaft ist schärfstens zu verurteilen und muß fernerhin unmöglich gemacht werden. Der Vorsitzende des Steinbrucher-Schutzverbandes am Orte hat zu erkennen gegeben, daß unbedingte eine allgemeine Regelung der Arbeits- und Lohnverhältnisse im Gewerbe sowie die Schaffung eines paritätischen Arbeitsnachweises notwendig sei und alsbald verwirklicht werden solle. Eine Geschäftsordnung bezw. ein Entwurf für den Arbeitsnachweis wird der Kollegenchaft zur Beschlußfassung vorgelegt werden. Hinsichtlich der Schaffung von Unterlagen für tarifliche Abmachungen ist umgeben eine Lohnstatistik anzunehmen, desgleichen ist eine Lohnkommission für den Steinbruch zu ernennen. Ferner bemerkte Kollege Herrmann, daß er sich bei Verhandlungen mit den Prinzipalen wiederholt habe sagen lassen müssen: „nur er sei der Heber, die Leute wären immer zufriedener!“ Es bezieht sich dieser Umstand auf solche Betriebe, wo die Regelung der Feuerungszulagen nicht nach den verlangten Sätzen, sondern mit geringeren Beträgen stattgefunden hat. Ein Standpunkt, der durch die verarmte Bedürfnislosigkeit der Dresdner Hilfsarbeitererschaft niemals eine Gleichmäßigkeit der Löhne für gleiche Arbeit ermöglicht, dem Unternehmer erhöhten Gewinn sichert und die gut gemeinten Absichten der Funktionäre illusorisch macht. In der einseitigen Diskussion waren verschiedene Redner mit den aufgestellten Lohnsätzen nicht zufrieden und verlangten eine teilweise Erhöhung derselben. In Erwiderung darauf

bemerkte Kollege Herrmann, den Vogen nicht zu weit zu spannen, um so mehr da im Steinbruch noch Gehilfen stehen, die unter 60.— Mk. Lohn beziehen. Die öftere Drohung der Druckermeister, den Betrieb zu schließen, weil wieder höhere Löhne verlangt werden, soll nur als Abschreckungsmittel dienen. Die Lage im Druckgewerbe sei zurzeit unbefriedigend, jedoch in anderen Branchen weit schlechter, was dennoch aber nicht ausschließt, den dort beschäftigten Arbeitern bei den immer kostspieliger werdenden Lebensbedingungen die Löhne entsprechend aufzubessern, wenn sie überhaupt arbeits- und leistungsfähig bleiben sollen. Speziell im Steinbruch haben diverse Firmen während des Krieges durch Monopolarbeiten nach dem Selbstverständnis eines Prinzipals ansehnliche Gewinne verdient. Die Versammlung stimmte schließlich den vorgelegten Forderungen zu und bat um baldige Eingabe derselben an die maßgebenden Stellen.

Duisburg. Am 27. April fand eine sehr gut besuchte Mitglieder-Versammlung statt. Die Lohnkommission des „Duisburger Generalanzeigers“ berichtete, daß auf die gestellten Forderungen die Firma im großen und ganzen nicht eingegangen ist. Einigen Arbeitern und Arbeiterinnen ist eine Lohnhöhung zuerkannt worden, anderen nicht, was natürlich zu großer Unzufriedenheit geführt hat; ferner weigerte sich die Firma nach wie vor, die rückständigen gesetzlich anerkannten Feuerungszulagen zu bezahlen. Der Verband soll sich nochmals mit einem befristeten Schreiben an die Firma wenden; wenn ohne Erfolg, soll eine Betriebsversammlung entscheiden über die weiteren Schritte, die getan werden sollen. Benjo lautete der Bericht über die Firma J. S. Steinkamp. Hier war auch durch Vermittlung des Verbandes sowie des Betriebsarbeiterauschusses eine Lohnhöhung zustande gekommen. Diese, war auch nicht den gestellten Forderungen von 20 Prozent entsprechend, dazu so ungleich und so klein, in vielen Fällen betrug sie nur zwei bis drei Pfennige pro Stunde, so daß sich die Arbeiterinnen nicht damit zufrieden geben können, da man derartige Angebote nicht als eine Lohnhöhung in dieser Zeit ansehen kann. Auch hier soll der Verband durch ein entsprechendes Schreiben die Firma veranlassen, die geforderte Lohnhöhung von 20 Prozent auf alle Arbeiterinnen auszuweiten. Der erste Vorsitzende gab bekannt, daß die Mitgliederzahl der hiesigen Zahlstelle von 20 auf circa 120 gestiegen ist und fast alle Betriebe reiflos organisiert sind. Ferner soll mit den anderen Verbänden, wie Buchdruckern, Steinbrüdern und Buchbindern, in engste Fühlung getreten werden, um bei allen Lohnbewegungen sich gegenseitig zu unterstützen. Sodann wurde beschlossen, Mitte Mai einen Familienausflug nach Angermünde zu machen.

Düsseldorf. Die am 23. April abgehaltene Mitglieder-Versammlung ehrte zunächst das Andenken des verstorbenen Kollegen Dierdorfs. Der Vorsitzende machte Johann Mitteilung von einem Schreiben der Prinzipale, in dem sie sich bereit erklären, die Feuerungszulagen über den 31. März weiter zu zahlen. Zu Kassenrevisoren wurden gewählt Kollegin Kirchner und Kollege Kurst, zum Schriftführer Kollege Schröder. Sodann wurde die Erhebung eines Lokalbeitrages von 10 Pf. wöchentlich beschlossen. Auch wird der Verbandsbeitrag für die Streikwoche kassiert, um damit die notwendig gewordenen Kosten decken zu können. In einer längeren Aussprache wurde das geringe Entgeltkommen der Prinzipale bei der Festsetzung der Feuerungszulagen für das weibliche Personal kritisiert und in einer einmütig beschlossenen Resolution gefordert, daß sich eine Kommission mit der Aufstellung eines angemessenen Lohntarifs befassen soll, der den Prinzipalen zur Anerkennung vorgelegt wird, falls es inzwischen nicht zum Abschluß eines Reichsttarifs kommt. Mit der Aufforderung, daß die Druckermeister stets für guten Besammlungsbesuch und für das rechtzeitige Erscheinen der „Solidarität“ sorgen mögen, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Gelsenkirchen. Die hiesige Zahlstelle hatte ihre Mitglieder am 25. April abends zu einer Mitglieder-Versammlung eingeladen. Der Vorsitzende gebrauchte in einem kurzen Nachruf der verstorbenen Verbandsvorsitzenden Frau Liebe, welche ein leuchtendes Vorbild für die Mitglieder gewesen ist. Zur Ehrung derselben hatten sich die Mitglieder von ihren Plätzen erhoben. Das Protokoll von der letzten Versammlung wurde genehmigt. Den Kassenbericht gab der Kassierer, Kollege Schmitz, an Hand der Kassenbücher. Die Kassenrevisoren, Fraulein Zimmermann, erklärte, daß sie die Kasse revidiert und für richtig befunden habe. Der Vorsitzende gab bekannt, daß die hiesigen Firmen, soweit unter uns, und in Frage kommt, den Hilfsarbeitern und Arbeiterinnen neuerdings eine

Feuerungszulage von 8.— Mk. bewilligt haben bis auf eine Firma, wo die Sache noch nicht ganz geregelt ist. Die Versammlung beschloß, Quittungsscheine drucken zu lassen, um den Mitgliedern eine Dattung über geleistete Beiträge in die Hand zu geben, da der Vorstand es für besser hält, wenn die Mitgliedsbücher in Verwahrung des Kassierers bleiben. Unter „Verschiedenes“ wies der Vorsitzende auf die sehr schlechten Lohnverhältnisse hin, die hier am Orte noch herrschen und forderte die Mitglieder aber, für den Verband zu werben und die Einigkeit, welche noch viel zu wünschen übrig lasse, anzustreben, damit wir auch hier in Gelsenkirchen endlich zu einem Tarifabschluß gelangen. Mit dem Wunsche, daß die nächste Versammlung härter beschaut würde, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Norben. Bei der Firma Soltau erhielten unsere Kollegen eine einmalige Zulage von 200 Mk. und eine wöchentliche Lohnhöhung von 20 Prozent.

Norhausen. Um die Lage der Hilfsarbeiter zu verbessern, hatte das Gewerkschaftsblatt dieselben zu einer Versammlung zusammenberufen, und fast alle waren erschienen. Der Kartellvorsitzende, Genosse Flammeyer, besprach eingehend die Löhne in den anderen Berufen und führte die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenstehens vor Augen. Die Anwesenden schloßen sich einmütig dem Verbands der Buchdrucker-Hilfsarbeiter an. Im Auftrage der Organisation übermittelte der Kartellvorstand den Prinzipalen die Forderung auf sofortige Zahlung der Feuerungszulage von 7,50 + 5,50 Mk., die von diesen auch bewilligt wurde. Tarifliche Abmachungen örtlicher Natur wurden vertagt bis nach dem 14. Mai, um den Ausgang der Verhandlungen der Buchdruckermeister in Berlin abzuwarten. Sollten diese keinen Reichsttarif für die Hilfsarbeiter bringen, so sind die Prinzipale zu örtlichem Tarifabschluß bereit. Als Vorsitzender wurde Kollege Exner, als Kassiererin Kollegin Frau Kump gewählt. Dem Verbands traten 40 Mitglieder bei.

Owlau. Am 29. April fand eine öffentliche Versammlung der hiesigen Hilfsarbeiterchaft statt, die sich abermals mit den Feuerungszulagen beschäftigte. In 1 1/2 stündigem Referat berichtete Kollege Helmuth über die Verhandlungen mit den Unternehmern. Die Owlauer Prinzipale scheinen über ein hartes Fell zu verfügen, und es hat aller Anstrengungen bedurft, um der hiesigen Arbeiterchaft zu ihrem Rechte zu verhelfen. Im Betriebe J. Ullmann hat es sogar einer zweimaligen Arbeitsniederlegung bedurft, um mürbe zu werden. Wir können mit dem Erreichten vorläufig zufrieden sein. Nur drei Betriebe haben noch nicht bewilligt. An der dortigen unorganisierten Kollegenchaft wird es liegen, ob wir in deren Interesse die nötigen Schritte unternehmen sollen oder nicht. Man gibt es weiter zu handeln. Wir müssen diese Zulagen — und event. auch mehr — in einem Tarif fest verankern. Dazu bedürfen wir einer abermaligen Geschlossenheit des gesamten Hilfspersonalis. Die Fragebogen, die in nächster Zeit ausgegeben werden, sind sofort auszufüllen und den Druckermeisterauschüssen auszuhandigen. Auf zur neuen Arbeit!

Wochenberichterungen.

Wuppertal. Vorsitzender: Erich Große, Rauschwalderstr. 21. — Kassierer: Fritz Schulz, Gamrichstr. 12 IV.

Kempen i. W. Kassierer: Anton Walter, 6 am, Südliche K. 8.

Wuppertal.
 Nach kurzer schmerzhafter Krankheit verstarb am 1. Mai unser wertvoller Kollege
Marie Müller
 (i. J. G. Göttinger & Reiber)
 im Alter von 21 Jahren.
 Ein ehrendes Andenken bewahrt der
 Verband.
 Die Mitgliederchaft G. G.

Die nächste Nummer des „Solidarität“ erscheint am 21. Mai 1914. — Redaktionsstelle am 20. Mai 1914.